

# Protokoll

16. Sitzung vom 3. Oktober 2011  
Seite 361

---

<b>Behörde</b>	Gemeinderat
<b>Traktanden</b>	Siehe unten
<b>Sitzungsdatum/Zeit</b>	Montag, 3. Oktober 2011 , 19.00 Uhr – 20.15 Uhr
<b>Sitzungsort</b>	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4
<b>Teilnehmende</b>	32 Mitglieder des Gemeinderats und der Stadtrat, Heinz Kundert, Stadtschreiber, Melanie Imfeld, Ratssekretärin (Protokoll), Simona Truttmann, Ratssekretärin-Stv. (Protokoll) und Paul Bossert, Ratsweibel
<b>Entschuldigte</b>	Migmar Dhakysel (nachträglich entschuldigt), Jonas Erni (Ferien), Monika Greter (Ferien), Peter Schuppli (Ferien), Paul Rota (Ferien), Johannes Zollinger (krank)

---

## Traktanden

1. Mitteilungen
2. Protokollabnahme vom 12. September 2011
3. Motion der SP-Fraktion, vom 22. August 2011, betreffend Schutz des Wädenswiler Baumbestands; Begründung der Motionäre
4. ~~Postulat der CVP-Fraktion, vom 4. Juli 2010, überwiesen am 6. September 2010, betreffend Prüfung der Einführung von Betreuungsgutscheinen für Kinder im Vorschulalter unter Berücksichtigung der Erfahrungen in Luzern; Beantwortung~~
5. Postulat der FDP-Fraktion, vom 30. April 2009, überwiesen am 8. Juni 2009, Aufrechterhaltung am 28. September 2009, betreffend inakzeptable Situation in der Bahnhofunterführung und Postulat von Willy Rüegg, SP-Gemeinderat, vom 31. Januar 2008, überwiesen am 7. April 2008, Aufrechterhaltung am 28. September 2009, betreffend koordiniertes Vorgehen gegen Littering und Vandalismus in Wädenswil; Beantwortung
6. Interpellation von Willy Rüegg, SP-Gemeinderat, vom 6. Juni 2011, überwiesen am 20. Juni 2011, betreffend Stadtentwicklung; Beantwortung
7. Motion der GP-Fraktion, vom 12. Juli 2011, betreffend Abklassierung der Tiefenhofstrasse; Stellungnahme des Stadtrats
8. Interpellation von Rahel Sonderegger und Tobias Mani, EVP-Gemeinderäte, vom 13. September 2011, betreffend Entwicklung der Au; Begründung
9. Interpellation von Albert A. Stahel, GLP-Gemeinderat, vom 16. September 2011, betreffend das Littering in Wädenswil; Begründung

10. Einbürgerung:

- BALALIS Haralabos, griechischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wädenswil, Herrlisbergweg 14

**Gemeinderatspräsident Tobias Mani** führt aus, dass aufgrund der Abwesenheit von Monika Greter das Traktandum 4, Postulat betreffend Prüfung der Einführung von Betreuungsgutschriften für Kinder im Vorschulalter unter Berücksichtigung der Erfahrungen in Luzern, an der nächsten Sitzung nochmals traktandiert werde.

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig in der ZSZ publiziert.

## 1. Mitteilungen

**Gemeinderatspräsident Tobias Mani** erklärt, dass jeder vor sich die Einladung zum Ratsanlass finde. Er hoffe auf zahlreiches Erscheinen und einen tollen Tag.

### 1.1 Eingänge

- Adressliste Stadtrat und Gemeinderat
- Interpellation von Albert A. Stahel, GLP, vom 2. Oktober 2011, betreffend Sicherstellung der Ordnung und der Nachtruhe
- Postulat von Heinz Wiher, GP, Kuno Spirig, BDP, Rahel Sonderegger, EVP, Monika Greter, CVP, vom 28. September 2011, betreffend kundenorientierte Öffnungszeiten des Strandbads Rietliau und der Brettlibadi
- Stellungnahme zur Motion der GP-Fraktion, vom 12. Juli 2011, zur Abklassierung der Tiefenhofstrasse
- Protokoll der Sitzung vom 12. September 2011
- Einladung zur GR-Sitzung vom 3. Oktober 2011
- Interpellation von Albert A. Stahel, GLP, vom 16. September 2011, betreffend das Littering in Wädenswil
- Interpellation von Tobias Mani und Rahel Sonderegger, EVP, vom 13. September 2011, betreffend Entwicklung der Au

### 1.2 Überweisungen

Die Weisung 13, vom 29. August 2011, betreffend Subventionierungsmodelle Kinderkrippen wurde der Sachkommission zur Vorberatung überwiesen.

## 2. Protokollabnahme

Das Protokoll der Sitzung vom 12. September 2011 wird genehmigt.

04.09.00

**3. Motion der SP-Fraktion, vom 22. August 2011, betreffend Schutz des Wädenswiler Baumbestands; Begründung der Motionäre**

**Corina Bürgi, SP**, teilt mit, dass in Wädenswil immer mehr gebaut werde. Um die Wohnqualität trotzdem hochzuhalten und der Natur auch ein bisschen Platz einzuräumen, seien Grünflächen wichtig. Bäume spielen dabei eine besondere Rolle. Sie spenden Schatten, sehen schön aus und bieten Lebensraum für diverse Tiere. Auch wirken sie für das lokale Klima ausgleichend. Ältere und grössere Bäume erfüllen die Funktion besonders gut und tragen sehr viel zu attraktiven Wohnzonen bei. Denn für die meisten Menschen sei die Aussicht auf einen Baum schon ein bisschen attraktiver als die Aussicht auf eine Betonmauer.

Das Fällen von Bäumen sei darum für Natur und Mensch ein besonderer Verlust. Für die Tiere gingen wichtige Lebensräume verloren und für die Menschen verändere sich das Ortsbild. Besonders wenn grosse oder viele Bäume gefällt werden. Das sehe man am Beispiel von Schönenberg, als die grosse, prägnante Linde beim Stollen eines Tages einfach weg gewesen sei. Viele Gäste, Anwohner und Wanderer hatten das extrem schade gefunden. Rückgängig gemacht werden könne das Fällen von grossen Bäumen aber auch bei einer Neupflanzung nicht. Denn bis die neu gepflanzten Bäume wieder eine gewisse Grösse erreichen, dauert es Generationen.

Eine einfach gehandhabte Bewilligungspflicht für das Fällen von grossen, alten Bäumen helfe, die Natur und das Ortsbild zu erhalten. Die Pflicht solle so gestaltet sein, dass es einerseits nur die grossen Bäume betreffe, andererseits möglichst einfach zu handhaben sei. Das schütze die Bäume, ohne einen riesigen bürokratischen Mehraufwand zu produzieren. Und da die Bewilligungspflicht weder für Obstbäume noch in der Landwirtschaftszone gelten solle, würde es auch der Landwirtschaft keine zusätzliche Arbeit bereiten.

Mit den Argumenten bitte die SP-Fraktion den Stadtrat, die Motion zu prüfen und eine entsprechende Gesetzesgrundlage auszuarbeiten.

**Die Motion betreffend Schutz des Wädenswiler Baumbestands geht zur Erklärung an den Stadtrat**

34.03

**5. Postulat von der FDP-Fraktion, vom 30. April 2009, überwiesen am 8. Juni 2009, Aufrechterhaltung am 28. September 2009, betreffend inakzeptable Situation in der Bahnhofsunterführung und Postulat von Willy Rüegg, SP-Gemeinderat, vom 31. Januar 2008, überwiesen am 7. April 2008, Aufrechterhaltung am 28. September 2009, betreffend koordiniertes Vorgehen gegen Littering und Vandalismus in Wädenswil; Beantwortung**

**Stadtrat Sicherheit und Gesundheit Thomas Largiadèr**, führt aus, dass Littering ein Ärgernis sei und es alle in Wädenswil angehe. Littering sei eine Folge der heutigen Gesell-

schaft, nicht nur hier in Wädenswil, sondern auch in den Gemeinden, im Kanton, in der Schweiz oder im Ausland. Littering habe viele Ursachen, welche auch im Bericht des Postulats teilweise erwähnt seien. Littering sei eine Folge der 24-Stunden-Gesellschaft, wobei man gut auch die Erziehung anfügen könne. Tatsache sei, dass es auf dieses Problem nicht nur eine Antwort gebe. Es gebe nicht ein einziges Rezept oder eine einzige Lösung dafür. Man habe ein vielfältiges und vielschichtiges Problem und dazu brauche man dementsprechend auch vielfältige Lösungsansätze. Beim Littering müssen von der Prävention bis zur Repression Massnahmen ergriffen werden. Man könne nicht eine Massnahme "rauspicken" und sagen, das sei gut oder schlecht. Es brauche ein Zusammenspiel der Massnahmen, denn jede Einzelmassnahme isoliert betrachtet bringe keine Erfolge.

Der Stadtrat habe darum im Bericht aufgelistet, was in diesem Bereich die Lösungsansätze seien. Die Gemeindepolizei im Bezirk Horgen hat gemeinsam eine Kampagne gegen Vandalismus gegründet. Für das nächste Jahr sei nun eine gegen Littering geplant. Auch der Versuchsbetrieb der sip sei nur ein Puzzlestein im ganzen Gefüge. In der Auswertung habe man bis zum heutigen Zeitpunkt gute Resultate. Die sip habe 365 Interventionen gehabt und nur bei 24 seien sie nicht erfolgreich gewesen. Interveniert wurde zum Beispiel dann, wenn sich ein Konflikt anbahnte, wenn sich jemand betrunken auf die Gleise legte, aber auch dann, wenn Menschen am See sassen, assen und tranken und der Anfall dann liegen blieb. Die sip suche auch mit diesen Menschen ein Gespräch und bringe die Personen dazu, den Abfall schlussendlich wegzuworfen. Es muss ein Umdenken stattfinden. Aber auch die sip sei nur eines von vielen Puzzlesteinen, man könne nicht erwarten, dass mit der sip alles gut werde. Aber sie leisten einen Beitrag dazu, was die Zahlen auch belegen. Ebenfalls im Sinne der Prävention habe die Stadt die Kampagne "Sauberei" lanciert. In erster Linie soll sie sensibilisieren und die Diskussionen die geführt werden zeigen, dass die Sensibilisierung sicher stattfinde und daraus auch konkrete Ideen ausgearbeitet werden. Auch dürfe man die Sensibilisierung durch die Schule nicht vergessen. Die Schule an sich unternehme schon seit jeher viel gegen das Littering. Ebenfalls sei die Stadt Wädenswil mit anderen Gemeinden im Gespräch. Sie wollen eine einheitliche oder einer Anpassung der Polizeiverordnung mit dem Ziel, dass die Polizisten, die gemeindeübergreifend arbeiten, in den Gemeinden nicht überall verschiedene Rechtsgrundlagen haben. In der neuen Polizeiverordnung, über die der Gemeinderat dann auch befinden könne, werde man Littering härter ahnden. Man könne dann Ordnungsbussen fürs Littering aussprechen. Vom Recht her können dies nur Ordnungsbussen sein, alles was über eine solche heraus gehe, sei Sache vom Statthalter.

Das Ziel sei es, den Abfall im Allgemeinen zu reduzieren, vor allem an Grossveranstaltungen sei es oft der Fall, dass am Schluss der Boden mit Abfall übersät sei. Dies könne nicht das Ziel sein und sei auch kein gutes Vorbild für die Jugend.

Ganz wichtig in diesem Zusammenhang sei die Reinigung, vor allem in der Unterführung. Je schneller der Abfall weggeräumt werde, desto grösser sei die Hemmschwelle wieder Abfall liegen zu lassen. Der Stadtrat habe eine ganze Palette von Massnahmen und das Neueste, was nicht im Bericht zum Postulat aufgeführt sei, seien die zwei neuen Stellen bei der Stadtpolizei. Eine Stelle die befristet worden sei, wurde verlängert und eine zusätzliche wurde erschaffen.

Der Stadtrat bitte den Rat, sie auf diesem Weg zu unterstützen und einzusehen, dass Massnahmen einzeln betrachtet weder gut noch schlecht seien, sondern das nur ein Zusammenspiel der verschiedenen Massnahmen zum Ziel führen könne.

**Willy Rüegg, SP**, erklärt, dass damals, als Peter Dolder und er die Postulate eingereicht haben Littering und Vandalismus ein grosses und ernsthaftes Problem dargestellt habe, und es sei auch heute noch eins. Die Ursachen seien vielschichtig und es gäbe nicht nur eine Antwort auf diese Frage. Gleichgültigkeit? Zerstörungslust? Dummheit? Missachtung der Gemeinschaft? Man müsse es auf jeden Fall ernst nehmen und versuchen zu lösen. Das Resultat des Littering und des Vandalismus sei klar, es hinterlasse einen schlechten Eindruck für die Gemeinde, denn wo Abfall liege, gebe es automatisch mehr Abfall. Der Gewalt gegen Sachen gehe vielmals Gewalt an Menschen voraus. Und es werden enorme Kosten generiert, für Reinigung, Entsorgung, Präventionen.

Toleranz wäre ein falsches Zeichen. Er sei auch der Meinung, dass man hier Strafen und Ordnungsbussen brauche. Ebenfalls brauche man aber auch das Gespräch mit den Leuten die auffällig seien. Es reiche nicht, die Personen nur zu büssen, man müsse mit ihnen auch das Gespräch suchen. Im Kindergarten sei es so üblich, dass man eine Art Verkehrserziehung habe. Polizisten hätten auch eine pädagogische Aufgabe.

Der öffentliche Raum gehöre allen und muss sicher sein. Kriminalität und Sachbeschädigung seien mit allen Mitteln zu bekämpfen. Sicherheit sei das höchste Gut. Denn das Ziel eine saubere und sichere Stadt zu sein, würde hier im Rat niemand bestreiten. Er danke für die Mehrheitsfähigkeit, die er hier in Anspruch nehmen dürfe.

Die Frage sei nun, wie man zum diesem Ziel gelange? Er denke ganz allgemein müsse man über die 24-Stunden-Gesellschaft nachdenken. Man habe die Öffnungszeiten verlängert und liberalisiert, aber er sei der Meinung, dass es wieder Grenzen geben müsste. Wenn die Läden bis in alle Nacht offen haben, sogar das Sihlcity habe samstags bis um 21.00 Uhr geöffnet, könne man Alkohol kaufen. Ob dies sinnvoll sei? Sei es sinnvoll, dass die jungen Leute in der Nacht um 23.00 Uhr in den Ausgang gehen? Man biete Infrastruktur, Verkehrsmittel, Beleuchtung der Strasse, wobei man doch mindestens einen Zielkonflikt beim Energiesparen habe.

Der andere Punkt sei, dass man den Menschen wieder mehr Verantwortung übergeben müsse. Die Eltern der Jugendlichen sollen die Verantwortung im öffentlichen Raum ebenfalls übernehmen. Sie wollen nicht eine tote Stadt, denn wenn in Wädenswil etwas los sei, müssen nicht alle nach Zürich. Gewisser Nachtbetrieb brauche es, man müsse aber einfach lernen wie man damit umgehe.

Die Massnahmen die der Stadtrat im Bericht aufgeführt habe, seien vielschichtig, detailliert und er persönlich finde alle gut. Früher putzen, mehr putzen, grössere Abfalleimer, Aschenbecher. Einfach benützen müsse man diese auch noch. Auch hier sei das Gespräch mit den Menschen zu suchen und dies müsse nicht nur die Polizei übernehmen, das könne jeder hier im Rat ebenfalls. Die Sachen die man im Gemeinderat vertrete, müsse man auch in der Öffentlichkeit so vertreten und notfalls auch durchzusetzen. Einem jungen Mann im Zug

sagen, er soll die Füsse vom Sitz nehmen oder weggeworfene Zeitungen auflesen, in den Abfalleimer werfen, wenn es möglichst viele Menschen sehen und am besten noch kommentieren. Da falle niemandem ein Zacken aus der Krone. Man könne kein Vorbild sein, wenn man es selber nicht vorlebe.

Zwei neu geschaffene Polizistenstellen, Ordnungsbussen und die sip finde er alles gute Massnahmen und unterstütze diese auch. Doch wenn man die sip wirklich austesten wolle, dann reichen seiner Meinung nach sechs Monate nicht. Dann müsste man dies auf eine längere Dauer von zwei bis drei Jahren ausdehnen. Erst dann könne man evaluieren, was dies gebracht habe. Aber jetzt gehe es vor allem darum, dass diese Massnahme nicht zu kurzfristig angelegt seien, sondern dass diese vom Gemeinderat getragen werden. Er möchte dann nicht erleben, dass man bei der Budgetdebatte plötzlich Sparanträge im Bereich Sicherheit und Sauberkeit stellen werde.

Er sei einverstanden mit der Abschreibung des Postulats. Er gebe dem Stadtrat gerne zwei Jahre Zeit und werde allenfalls dann wieder ein neues Postulat einreichen.

**Peter Dolder, FDP**, teilt mit, dass die FDP-Fraktion die zweite Antwort eingehend besprochen habe. Sie seien überrascht, aber gleichzeitig auch enttäuscht über diese Antworten. Überrascht weil auf eine Interpellation der FDP der Stadtrat damals mitgeteilt habe, dass er keine Ordnungsbussen für Littering einführen wolle. In der heute vorliegenden Antwort habe der Stadtrat aber mit der Einführung von Ordnungsbussen aufgewartet. Man dürfe ihn nicht falsch verstehen, sie seien nicht gegen die Einführung von strafrechtlichen Massnahmen. Seien aber trotzdem überrascht, dass innerhalb einer so kurzen Zeit ein solches Umdenken stattgefunden habe. Sie hoffen, dass die strafrechtlichen Massnahmen nicht nur Bussen vorsehen, obwohl man vorher von Thomas Largiadèr gehört habe, dass man das als Gemeinde nichts anders einführen könne. Es mache ja keinen Sinn wenn ein Teil der Bussen der Stadtpolizei direkt in die Sozialabteilung gehen und von dort bezahlt werden müssen. Sie hoffen, dass im Bezirk darauf hingearbeitet werden, dass vor allem Massnahmen wie Arbeitseinsätze zum Putzen am Bahnhof oder an anderen neuralgischen Orten, umgesetzt werden können.

Enttäuscht darum, weil in den vielen genannten Punkten einmal mehr nicht aufgeführt sei, was diese Massnahmen kosten. Sie würden zum Beispiel gerne wissen, was die neuen Abfalleimer kosten werden. Sie haben auch schon zur früherer Zeit darauf hingewiesen, dass sie wissen wollen, wie hoch die Kosten seien, wenn die Bahnhofunterführung bereits ab 6.00 Uhr geputzt werde und wie viel der Reinigungskosten durch die SBB übernommen bzw. durch Mitarbeiter der SBB erledigt werden.

Trotz aller Überraschungen und Enttäuschungen seien sie für die Abschreibung des Postulats. Wie Willy Rüegg werden auch sie diese Thematik gut beobachten und allenfalls zu einem späteren Zeitpunkt wieder einen Vorstoss einreichen.

Auf Anfrage von **Gemeinderatspräsident Tobias Mani** wünscht Charlotte Baer eine Diskussion.

**Charlotte Baer, SVP**, zitiert, "wir müssen aufräumen!", so habe Ueli Maurer im August 2006 ein Referat betitelt und dabei wahrscheinlich niemals gedacht, dass dies gut fünf Jahre später hier im Rat zitiert werde.

Man müsse tatsächlich aufräumen. In der Beantwortung der beiden Postulate zähle der Stadtrat nicht weniger als 11 Massnahmen auf, wie er das tue oder im Sinne habe. Viele davon werden von der SVP mitgetragen. Trotzdem sei sie mit der Postulatsantwort nicht zufrieden. Über die Wirkungsweise dieser Massnahmen werde nichts gesagt. Trotz ihrer hohen Zahl sei das Problem nach wie vor ungelöst. Vor allem an neuralgischen Orten, wie Rosenmattpark oder Güterschuppen gehe das Littering munter weiter. Unappetitliche fotografische Schnappschüsse durch direkt betroffene Anwohner belegen dies, ebenso die Lancierung des Projektwettbewerbs "Sauberei" durch den Stadtrat und ebenso die unter Ziffer 9 traktandierte Interpellation. Das alles bräuchte es nicht mehr, wenn Ordnung wäre.

Die SVP-Fraktion fordere dezidiert Nulltoleranz bei Littering und Vandalismus. Wo Stadtteile und öffentliche Plätze unter Verschmutzung und Zerstörung leiden, weil Selbstverantwortung offenbar ein Fremdwort sei und weil wiederholt Damen und Herren "Schwarze Schafe" sich nicht um den eigenen Dreck kümmern, fordere die SVP rigorose Strafen, Bussen und Präventionsmassnahmen. Dass eine freiheitliche Partei in einem freiheitlichen Land dies fordern müsse, sei eigentlich himmeltraurig. Aber anders gehe es offenbar nicht.

Es könne doch nicht sein, dass der Steuerzahler immer dafür aufkommen müsse. Umso weniger, als Ordnung, Sicherheit und Respekt vor fremdem, beziehungsweise öffentlichem Eigentum nicht politische, sondern Erziehungsangelegenheiten seien.

Die SVP widersetze sich aber nicht der Abschreibung dieser Postulate. Man blicke in die Zukunft. Hängig sei bekanntlich noch immer ein Postulat der SVP betreffend Videoüberwachung an neuralgischen Punkten, welches am 24. Januar 2011 überwiesen worden sei. Man erlaube hier die Frage, bis wann mit der Beantwortung zu rechnen sei.

In Vorbereitung sei weiter eine bezirksweite einheitliche Polizeiverordnung, welche für Littering Strafen verhängt. Auch dazu stelle sie die Frage, wann ein Entwurf vorliege und ob sich der Gemeinderat dazu auch vernehmen lassen könne.

Bereits in der Umsetzung sei die Aufstockung der Stadtpolizei um zwei Stellen. Die SVP begrüsse diese Massnahme, habe sie doch wiederholt für mehr sichtbare Polizeipräsenz, vor allem in den Rand- und Nachtstunden, plädiert.

Die SVP werde die Entwicklungen aufmerksam beobachten und sich vorbehalten, nötigenfalls mit neuen Verstössen nachzudoppeln.

**Andreas Gut, CVP**, erklärt, dass sie von der CVP feststellen, dass das Littering im und um den Bahnhof, wie auch an anderen Plätzen in Wädenswil nach wie vor ein Problem darstelle und nach wie vor sichtbar sei. Entsprechend sei dies für alle ärgerlich, frustrierend und auch entsprechend zu verurteilen, dass es immer noch Menschen gebe, die sich nicht an einfache Verhaltensgrundlagen halten können. Sie erkennen aber auch, dass die Stadt auf verschiedene Weise vielschichtig reagiert habe und diverse Massnahmen getroffen haben. Dass diese Massnahmen etwas Zeit brauchen bis sie greifen, sei ihnen bewusst. Sensibilisierung passiere nicht von einem Tag zum andern. Das sehe er auch in der Schule, wenn die Kinder das erste Mal einen Kehrichtsack sortieren. Die sehen das nicht gleich am ersten Tag ein, das brauche seine Zeit. Es seien nicht nur Wettbewerbe mit einem guten Slogan, sondern verschiedene Hebel die greifen müssen. Und nicht zuletzt hoffen sie auf Selbstdisziplin und Zivilcourage. Es sei schade, wenn in diesem Bereich der Staat die Verantwortung übernehmen müsse, was schlicht und einfach zur Erziehung gehöre und zu Hause in den Familien passieren müsse.

Aus diesem Grund seien sie für Abschreibung des Postulats.

**Das Postulat der FDP-Fraktion, vom 30. April 2009, überwiesen am 8. Juni 2009, Aufrechterhaltung am 28. September 2009, betreffend inakzeptable Situation in der Bahnstufunterführung und das Postulat von Willy Rüegg, SP-Gemeinderat, vom 31. Januar 2008, überwiesen am 7. April 2008, Aufrechterhaltung am 28. September 2009, betreffend koordiniertes Vorgehen gegen Littering und Vandalismus in Wädenswil gilt als erledigt und wird antragsgemäss abgeschrieben.**

04.03.25

**6. Interpellation von Willy Rüegg, SP-Gemeinderat, vom 6. Juni 2011, überwiesen am 20. Juni 2011, betreffend Stadtentwicklung; Beantwortung**

**Stadtpräsident Philipp Kutter**, teilt mit, dass die Stadtentwicklung im Zentrum sehr anspruchsvoll sei. Der Stadtrat beschäftige sich nicht erst in dieser Legislatur damit. Man habe einen neuen Anlauf genommen, nachdem die Idee von einem Hochhaus im Haus zum Zyt gescheitert sei. Der Stadtrat habe keinen Fehler machen wollen, und habe darum eine breit angelegte Planung eingeleitet. Man habe zwei Gruppen spezielle Beachtung geschenkt. Einmal den Fachleuten vom Kanton, welche auch in dem Beurteilungsgremium einsitzt haben und zum anderen den Grundeigentümern, welche ebenfalls dem Gremium angehören. Zusätzlich haben für die Grundeigentümer bislang zwei Info-Abende in der Aula Untermosen stattgefunden. Das Ziel sei, dass bis Ende Jahr für die Entwicklung im Zentrum eine städtebauliche Grundlage bestehe. Es gehe zum Beispiel um Fragen wie hoch man bauen dürfe, wie die Aussenräume auszusehen hätten, wie sie gestaltet sein sollten und wo die Verkehrswege seien.

Es zeichne sich ab, dass zwei Orte im Fokus stehen – das Haus zum Zyt und der Coop Wädenswil. Die Erwartungen seitens des Stadtrats seien, dass die Ergebnisse welche erarbeitet werden einerseits wirtschaftlich realistisch seien und zum anderen aber auch den

fachlichen und raumplanerischen Ansprüchen genügen, damit man nachher mit diesen Projekten den Instanzenlauf durchschreiten könne. Sie haben für diesen Prozess eine aktive Kommunikation gewählt. Man habe einmal über jeden Schritt öffentlich informiert, was man in der schriftlichen Beantwortung sehen könne und sie haben zusätzlich an den Grundeigentümer-Infoabenden auch interessierte Gäste zugelassen. Dies wurde rege wahrgenommen, Mieter, Nachbarn, Medien seien gekommen, es hätte sogar ein paar interessierte Gemeinderäte gehabt.

Wo stehe man heute?

Man sei jetzt in der letzten Phase der Zentrumsplanung – Ende Jahr werden die Ergebnisse vorliegen. Im Januar 2012 sei dann eine grosse Ausstellung in der Kulturhalle Glärnisch geplant, wobei die Pläne gezeigt werden und man sehen könne, was das Beurteilungsgremium für einen Schluss gezogen habe. Dies sei dann der Auftakt zur nächsten Phase, nämlich die der öffentlichen Diskussion.

Keine der erarbeiteten Studien sei privilegiert behandelt worden. Es seien insgesamt zehn Architekturbüros involviert. Der Prozess laufe bis im Dezember und erst dann gebe das Beurteilungsgremium seine Bewertung ab. Das seien neben Personen von der Verwaltung auch Architekten, die das Gremium fachlich begleiten. Er wisse schon, dass in der Interpellation nur auf eine bestimmte Studie Bezug genommen werde. Abgesehen davon sei der Prozess bewusst offen und bereit angelegt. Der Stadtrat habe den Eindruck, dass es für eine gute Lösung im Zentrum diese Kommunikation brauche und es könne gesagt werden, dass der Stadtrat noch nie eine Planung so offen und aktiv angegangen sei.

In der Zeitung habe er noch gelesen, dass die Informationspolitik ungenügend sei, darum sei er gespannt, wie der Interpellant das sehe.

**Willy Rüegg, SP**, sagt, dass die Informationspolitik zum Thema Stadtentwicklung ein heikler Bereich sei. Der Anspruch wie auch die Erwartungen der Bevölkerungen seien gross. Welcher Bewohner von Wädenswil, würde sich nicht wahnsinnig für dieses Thema interessieren. In den letzten zehn Jahren seien diverse Projekte auf dem Papier entstanden, ausgestellt und darüber diskutiert worden. Wenn er höre, dass in der Kulturhalle Glärnisch eine Ausstellung geplant sei, komme ihm das sehr bekannt vor. Dies hätte man alles schon einmal gehabt und wie viel davon sei nun umgesetzt worden? Oder wie schwer sei es den Leuten dazumal bei der Ausstellung "Wädensville" gefallen, auseinander zu halten, was nun ein Projekt sei, das in der nächsten Zeit angepackt werde oder was ein totales Hirngespinnst sei. Darum denke er, dass es wichtig sei, die Leute nicht in die Irre zu führen und somit keine Projekte gezeigt werden sollten, die dann nachher gar nicht gebaut werden.

Er sei nicht ganz glücklich über die Beantwortung, er finde, es sei mehr ein Überblick über die Informationspolitik des Stadtrats und der Stadtrat werde an der Stadtentwicklung und dem Umgang damit etwas gemessen. Es reiche nicht Medienmitteilungen an die Presse zu senden, oder gar auf die Medien zu hoffen, dass die das Thema etwas ausbreiten werden. Es sei ganz klar eine unglückliche Situation wenn ein Ingenieurbüro seine Sicht vorab in der Zeitung publiziere.

In der Antwort des Stadtrats fehle ihm der Beschrieb vom Auftrag den man den Büros erteilt habe. Wenn Resultate entstanden seien, ohne dass man wisse was genau gefragt worden sei, dann gebe es wilde Spekulationen. Nicht weniger wie zehn Büros seien angefragt worden, was sicher eine Varietät an Vorschlägen gebe.

Er sei nicht zufrieden, auch wenn er das so nett sage, kritisiere er dies scharf. Er denke man müsse eine grössere Veranstaltung mit mehr Hintergrundinformationen durchführen. Ebenfalls auch zur Fragestellung. Es sollte nicht darum gehen, ob das Haus nun grün oder blau sei. Konkret gehe es um Siedlungsentwicklung.

An der letzten Gemeinderatssitzung habe man Informationen betreffend Bildungs- und Forschungsstadt erhalten. Das sei eine sehr gute Präsentation gewesen, aber ein viel weniger wichtiges Thema für die Einwohnerinnen und Einwohner, als die Stadtentwicklung.

Der Stadtrat soll sich doch bitte auf das Wichtige und das Aktuelle konzentrieren.

**Antrag auf Diskussion:**

Der Rat stimmt grossmehrheitlich der Diskussion zu.

**Stadtpräsident Philipp Kutter**, fragt Willy Rüegg an ob er an einem dieser Infoabenden teilgenommen habe. Dort sei der Ansatz und die Fragestellung erläutert worden. Schon dort habe sich gezeigt, dass es sehr komplex sei, solche Sachen in einem grösseren Kreis zu diskutieren. Willy Rüegg wünsche sich, dass man erst dann eine Diskussion führe, wenn alles konkret sei, damit die Leute nicht in die Irre geführt werden, aber so müsste alles hinter verschlossenen Türen behandelt werden. Genau dies gehe aber bei einem so gross angelegten Planungsprozess nicht. Der Stadtrat wollte die Information öffentlich machen und habe auch Leute daran teilnehmen lassen, die nicht direkt durch Grundeigentum involviert seien.

Er habe den Eindruck, dass die Infoabenden bei den Teilnehmenden gut angekommen seien. Bei der Veranstaltung die im Januar stattfinden soll gehe es nicht darum, ob die Fassaden grün oder rot seien, sondern darum eine Rückschau zu halten, zu zeigen, was gelaufen sei, was für Vorschläge entstanden seien und erst dann könne man die Diskussion einleiten. Auch sei dann der richtige Moment die Konkretisierungsfrage zu diskutieren.

**Heinz Wiher, GP**, führt aus, dass er an beiden Infoveranstaltungen teilgenommen habe. Es sei spannend und informativ gewesen. Ihm gefalle es, dass der Prozess offen gemacht werde. Er frage sich einfach, wieso die Einladung nur an die Bewohner im Zentrum gegangen sei? Man hätte die Öffentlichkeit auch einladen sollen und ganz bestimmt die Raumplanungskommission. Er finde, es sei etwas "halboffizielles" gewesen und das finde er komisch. Er habe vom Infoabend lediglich durch eine besorgte Bekannte gehört. Wenn er dem Stadtrat einen Vorwurf machen müsse, dann denjenigen, dass man besser eine offizielle öffentliche Veranstaltung daraus gemacht hätte.

**Stadtrat Planen und Bauen Heini Hauser**, erklärt, dass der Stadtrat die Information stufengerecht habe machen wollen. Die direkt betroffenen Grundeigentümer und die Nutzer, sollen in erster Linie informiert werden. Hätte die Information zuerst im Gemeinderat stattgefunden, so hätte mindestens eine Person hier im Rat mokiert, wieso die Betroffenen noch nicht informiert seien. Der Stadtrat hätte es machen können, wie er gewollt hätte, es wäre falsch gewesen.

Er sei Mitglied des Gremiums, überlasse aber die fachspezifischen Sachen gerne den Architekten. Hätte man eine grössere Veranstaltung geplant, an der alle hätten teilnehmen können, hätte es am Schluss nicht 15 verschiedene Meinungen sondern etwa 50 gegeben. Um bei einer Studie auf einen Nenner zu kommen, sei es nicht sinnvoll von Anfang an die gesamte Bevölkerung miteinzubeziehen. Sie seien auch auf die Anliegen der Eigentümer eingegangen, geplant sei nur eine Infoveranstaltung gewesen, weil die Grundeigentümer aber über die Zwischenschritte haben informiert werden wollen, habe der Stadtrat einen zweiten Infoabend einberufen.

Er denke es sei nicht falsch gelaufen, der Stadtrat habe gut informieren wollen.

**Thomas Hartmann, SP**, möchte auf die Planung der Oberdorfstrasse und der Tiefenhofstrasse hinweisen. Da sei man auf den Grundeigentümer eingegangen und habe vergessen, dass am Schluss die Bevölkerung ja oder nein sage. Es sei wohl anstehend, wenn die Bevölkerung rechtzeitig miteinbezogen werde. Und nicht nur darauf sensibel sein, was der Grundeigentümer haben wolle. Dies als kleine Anmerkung und als Erinnerung.

**Heinz Wiher, GP**, teilt mit, dass Mitsprache und Information nicht dasselbe sei. Denn bei der Information habe jeder Einwohner ein Wissensbedürfnis. Dass der Gemeinderat noch nicht jetzt mitsprechen könne, das sei klar, aber involviert werden wollen sie trotzdem.

**Stadtpräsident Philipp Kutter**, sagt, dass er die Anmerkungen gerne entgegennehme. Es sei im Stadtrat ein grosser Diskussionspunkt gewesen, wo man die Schwerpunkte in der Informationspolitik legen soll. Jetzt liege der Schwerpunkt bei den Grundeigentümern bis konkrete Pläne vorliegen und danach liege er bei der Öffentlichkeit. Es werde also niemand verloren gehen. Der Stadtrat denkt, dies sei die korrekte Reihenfolge.

**Willy Rüegg, SP**, sagt, dass er erst im Nachhinein von diesen Veranstaltungen erfahren habe. Er sei von zwei Grundeigentümern angegangen worden und beide hätten sich beklagt. Sie seien sich ausgestellt vorgekommen und haben nicht begriffen, dass der Stadtrat vorab informieren wollte. Sie hätten das so aufgefasst, als wolle man sie unter Druck setzen. Er wolle dem Stadtrat nichts unterstellen, er geben nur wider was ihm gesagt worden sei. Sie seien informiert worden, wie es ablaufe, ob es den Grundeigentümern passe oder nicht.

**Adrian Stucki, GP**, möchte hier in die andere Kerbe schlagen. Er habe in letzter Zeit den Stadtrat als sehr überlegt wahrgenommen. Bei der Zentrumsplanung gehe es nicht nur um einen kleinen Teil, sondern man mache sich wirklich Gedanken, was mit einem grösseren Stück von Wädenswil passiere. Und wie Heini Hauser schon gesagt habe, wie man es mache, sei es falsch. Also soll man dem Stadtrat Zeit lassen und schauen wie es weitergeht.

**Die Interpellation betreffend Stadtentwicklung gilt als erledigt und wird abgeschrieben.**

04.03.20/33.03

**7. Motion der GP-Fraktion, vom 12. Juli 2011, betreffend Abklassierung der Tiefenhofstrasse; Stellungnahme des Stadtrats**

**Stadtrat Planen und Bauen Heini Hauser**, meinte, dem Stadtrat sei das Anliegen der Fraktion der Grünen verständlich. Man sei auch bereit, das Anliegen zu prüfen.

Mit einem kommunalen Verkehrsplan lege der Gemeinderat die bestehenden und geplanten Strassen und Wegverbindungen innerhalb des Gemeindegebiets fest. Er bildet die rechtliche Grundlage für Beschlüsse. Die Tiefenhofstrasse sei im kommunalen Verkehrsplan als Sammelstrasse eingetragen. Der Stadtrat sei verpflichtet, wenn die Notwendigkeit eines Ausbaus gegeben sei, diesen gemäss Vorgaben vom Kanton, zu erstellen. Im Jahre 2002 wurde dieser Verpflichtung nachgelebt, eine entsprechende Weisung ausgearbeitet und dem damaligen Parlament unterbreitet. Infolge grosser Opposition wurde aber nur der obere Teil der Tiefenhofstrasse an einer Volksabstimmung bewilligt. Der untere Teil sei nach wie vor als einspurige Quartierstrasse im Betrieb.

Mit der Änderung der Bau- und Zonenordnung im Gebiet Stoffel, die jetzt in der öffentlichen Auflage sei, signalisiere der Stadtrat bereits, dass ein weiterer Ausbau zum heutigen Zeitpunkt nicht angestrebt werde. Dies wurde auch vom Parlament an einer der letzten Ratssitzungen beschlossen.

Eine Revision des kommunalen Verkehrsplans stehe aber in den nächsten Jahren ohnehin an, da die kantonale Richtplanrevision vermutlich im Gebiet Neubüel neues Siedlungsgebiet ausscheiden werde. Für dieses Gebiet, wie auch für das neu zu erschliessende Gebiet Rütihof, südlich vom Lidl, werde eine Revision des kommunalen Verkehrsplanes unumgänglich.

Mit der Entgegennahme dieser Motion werde der Stadtrat verpflichtet, innert einem Jahr einen Bericht mit Antrag dem Parlament zu unterbreiten. Dieses müsse dann über Erheblichkeit oder Ablehnung der Motion entscheiden. Bei einer Erheblicherklärung habe der Stadtrat dem Parlament innert einem weiteren Jahr eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten. Über diesen könne dann der Gemeinderat erneut befinden.

Der Stadtrat beantrage aus den vorgenannten Gründen, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Dieses wäre der Stadtrat bereit entgegenzunehmen und zu prüfen. Ein Postulat

sei eine etwas abgeschwächtere Form, lasse aber den Parlamentariern noch genügend Spielraum für die Mitsprache.

Er hoffe, dass man diese Überlegung nachvollziehen und den stadträtlichen Antrag unterstützen könne.

**Simon Kägi, GP**, bedankt sich für die Stellungnahme des Stadtrats. Die Grünen halten klar daran fest, dass die Tiefenhofstrasse abklassiert werden soll. Das soll einerseits aus den bekannten ökologischen und quartierrelevanten Gründen, die er hier nicht nochmal aufzählen brauche, und andererseits um ein zweites Desaster à la Holzmoosrütistrasse zu verhindern. Auch die Holzmoosrütistrasse sei bereits im Verkehrsrichtplan geplant gewesen, worauf sich die Bauherrschaft gesagt habe, wenn sie schon geplant sei, dann baue man sie. Mit dem Ausgang den allen bekannt sein sollte. Sie denken es könnte auch mit der Tiefenhofstrasse passieren, denn sie sei als Sammelstrasse geplant.

Nur schon aus diesen Gründen sei eine Abklassierung zwingend nötig. Sie sehen aber ein – im Sinne einer schlanken Lösung – die Motion als Postulat sinnvoller sei und der Stadtrat somit mehr Zeit habe dies im Verkehrsrichtplan zu verankern.

Auf Anfrage von **Gemeinderatspräsident Tobias Mani** stellt Ivano Coduri den Antrag auf Nichtüberweisung.

**Ivano Coduri, SVP**, führt aus, dass es rein topographisch gar nicht möglich sei, die Tiefenhofstrasse noch weiter auszubauen. Er sehe nicht ein, wieso es für diese Strasse nochmals ein Reglement benötige. Daher stellt er den Antrag auf Nichtüberweisung.

**Beat Wiederkehr, CVP**, erklärt, dass er den Antrag auf Ablehnung unterstützen möchte.

Die Zukunft der Tiefenhofstrasse sei tatsächlich eine gute und wichtige Frage, auch wenn sie kurz- und mittelfristig betrachtet wenig brisant sei. In der Stadt gäbe es noch andere neuralgische Gebiete, die verkehrstechnisch gelöst werden müssen. Man erinnere an die unhaltbare Situation im Neubüel, die sich mit der Eröffnung der Migros Ende Oktober noch weiter akzentuieren werde. Die Klassierung einer bestimmten Strasse könne aber nicht von den übrigen Verkehrsströmen losgelöst betrachtet werden. Man könne nicht einfach ein Element aus einem komplexen System herauspicken, isoliert für sich betrachten und dabei die Auswirkung auf das Ganze aus den Augen verlieren. Der Stadtrat schreibe, dass er eine Gesamtschau wolle, eine umfassende Überarbeitung des Verkehrsplans. Und das sei tatsächlich notwendig.

Der kommunale Verkehrsplan sei ein wichtiges Koordinationsinstrument. Der Plan mache Aussagen zum Freizeit- und Einkaufsverkehr, zur kombinierten Mobilität, zu einem allfälligen Verkehrsleitsystem, zur Strassenraumgestaltung, zu Radwegen, zum Fusswegnetz, zur Buslinienführungen, zu Parkieranlagen sowie zum Güter- und Zulieferverkehr für das

Gewerbe. Mit anderen Worten: Der Verkehrsplan zwingt sie zu einem ganzheitlichen Ansatz der Mobilitätsstrategie. Er gäbe ihnen Antworten, was und ob man wann und wie an Verkehr wünschen oder akzeptieren wolle. Genau diese Gesamtschau habe man dringend nötig und zwar so bald als möglich. Gemäss Stadtrat soll eine Überarbeitung "in den nächsten Jahren" passieren. In den Verkehrsplan einbinden und gleichzeitig bereits versprechen, ein Postulat entgegenzunehmen, zu dem er spätestens in einem Jahr Bericht erstatten müsse. Diese Aussage sei widersprüchlich und mache keinen Sinn. Denn bereits heute sei klar, dass der Stadtrat die Zusage terminlich nicht einhalten werde.

Spätestens aber wenn der kantonale Richtplan im Gebiet Neubüel-Hintere Rüti feststehe, solle die umfassende Überarbeitung der kommunalen Planungsgrundlage zügig an die Hand genommen werden. Dann, wenn alles auf dem Tisch liege, solle und müsse natürlich unter anderem auch die Situation im Tiefenhofquartier angeschaut werden. Das aber sei eine Selbstverständlichkeit. Und für das brauche es kein Postulat.

**Heinz Wiher, GP**, teilt mit, dass er kurz zu den Voten Stellung nehmen möchte. Ivano Coduri sage, dass die Tiefenhofstrasse sicher nie zu einer kommunalen Sammelstrasse werde. Er habe wahrscheinlich Recht, denn was man nun im unteren Teil Richtung See- strasse gebaut habe, sei nicht eine kommunale Sammelstrasse. Es habe ja keinen Wert, wenn die Strasse als kommunale Strasse im Verkehrsrichtplan verbleibe, obwohl sich der ganze Rat einig sei, dass es dies nicht mehr gäbe. Es stimme mit der Realität nicht überein. Die Planung soll möglichst nah bei der Realität sein. Planung sei immer der aktuelle Stand vom Irrtum.

Erstaunt sei er über das Votum von Beat Wiederkehr. Die Grünen seien bereit, dem Stadtrat mehr Zeit zur Beantwortung zu geben und sie seien sich einig, dass man diese Strasse nicht ausbauen wolle. Wenn Beat aber sage, dass der Stadtrat bis in einem Jahr gar keine Möglichkeit hätte, die Fragen zu beantworten, müsse er sagen, das stimme nicht. Es könne durchaus sein, dass der Stadtrat in einem Jahr zum Schluss komme, dass diese Strasse nicht ausgebaut werde. Man mache Massnahme XY, die Breite bleibe gleich, die Strasse bleibe Quartierstrasse. Man könne dies Nachvollziehen, im Rahmen vom Plan YX den man im Jahr 2014 nachziehen werde. Dann sei dies eine Antwort auf das Postulat, die die Grünen befriedigen würde. Und dem Stadtrat sei klar ein Auftrag gegeben, in welche Richtung das Postulat gehen soll. Stärke man doch dem Stadtrat den Rücken.

**Berti Stocker, EVP**, erklärt, obwohl man erst vor kurzem über einen grünen Stoffel abgestimmt habe, sei mit dem noch zu verbauenden Teil des Stoffelgebiets und dem Tiefenhof nicht mit weniger Verkehrsaufkommen zu rechnen. Zudem sei die Tiefenhofstrasse eine beliebte Abkürzung von der See- zur Zugerstrasse. Auch das Zentrum schreie nach Entlastung. Ausserdem sei die Fussgängersicherheit mit der Abklassierung der Tiefenhofstrasse keinesfalls gelöst. Wolle man den Verkehr der Tiefenhofstrasse wirklich in den Griff bekommen, muss eine wirkungsvolle Lösung gefunden werden. Dies sei einerseits vom kommunalen Verkehrsplan zu erwarten, andererseits wird der Stadtrat aufgefordert die Idee eines Wechselsignals aufzugreifen und vertieft zu prüfen, wie dies die EVP/EDU-Fraktion bereits

in einem Postulat vorgeschlagen habe. Die EVP/EDU-Fraktion sei gegen die Abklassierung der Tiefenhofstrasse und sei einverstanden die Motion als Postulat zu überweisen.

**Abstimmung über Antrag auf Nichtüberweisung:**

Der Rat stimmt mehrheitlich für den Antrag auf Nichtüberweisung.

**Das Postulat (Motion) der GP-Fraktion, vom 12. Juli 2011, betreffend Abklassierung der Tiefenhofstrasse wird nicht an den Stadtrat überwiesen.**

04.03.25

**8. Interpellation von Rahel Sonderegger und Tobias Mani, EVP-Gemeinderäte, vom 13. September 2011, betreffend Entwicklung der Au; Begründung**

**Rahel Sonderegger, EVP**, erklärt, man könne denken, die EVP hätte nichts Besseres zu tun, als wieder einen Vorstoss betreffend der Au zu machen. Sie von der EVP aber meinen, es sei nötig. Hierzu ein paar Ausführungen. Die Stadt habe vor einem Jahr das Restaurant Bahnhöfli gekauft, um sich in die Entwicklung um den Bahnhof zu integrieren. Im Quartier Maiacher habe die Jugendarbeit einen Treffpunkt lanciert, der gut besucht werde, zudem sei an der Johannes-Hirt Strasse und an der General Wermüller Strasse eine 30-Zone gemacht worden. Doch man merke es an ihren Ausführungen, es seien einzelne Puzzleteile und kein Gesamtkonzept, mindestens sehe es nach aussen danach aus. Was vom Stadtrat das Gesamtkonzept für den Ortsteil Au sei, fragt sie.

In der Beantwortung ihres Vorstosses im 2004 heisse es einfach, es gelte der kommunale Richtplan, für die Au gebe es keinen speziellen Plan. Es könne nicht sein, dass das Quartier, in dem mehr als ein Drittel der Wädenswiler Bevölkerung lebe, so nebensächlich behandelt werde. "D'Chopflärete", die jedes Jahr in der Au einmal stattfindet, sei sehr gut, doch hätten die dort Anwesenden "Örtler" das Gefühl, dass sie von der Stadt nicht ernst genommen werden. Die EVP erwarte vom Stadtrat, dass er ein Konzept zur ganzen Entwicklung der Au entwerfe, oder falls das bereits bestehe, zu kommunizieren. Auch so, wie es im Zentrum Wädenswil jetzt gemacht werde. Wie sehe es zum Beispiel im Bereich vom heutigen Aupark aus? Wo gedenke der Stadtrat die öffentlichen Interessen einfließen zu lassen? Und übrigens, man verstehe als öffentliche Interessen nicht weitere Wohnungen.

Die EVP erwarte, dass der Stadtrat aktiv werde und die Bevölkerung in die Planung miteinbeziehe. Sie bedanke sich schon im Voraus für die Beantwortung von dieser Interpellation.

**Die Interpellation betreffend Entwicklung der Au geht zur Beantwortung an den Stadtrat.**

34.03

**9. Interpellation von Albert A. Stahel, GLP-Gemeinderat, vom 16. September 2011, betreffend das Littering in Wädenswil; Begründung**

**Albert Stahel, GLP**, teilt mit, dass er nach diesen Ausführungen zum Littering etwas gehemmt sei, seine Begründung vorzutragen. Er als leidenschaftlicher Fotograf habe für die Begründung der Interpellation beinahe versucht, den Präsidenten um den Einsatz eines Beamers zu bitten. So hätte er dem Gemeinderat die Bilder des Littering in Farbe vorstellen können. Eine andere Möglichkeit wäre das Aufzeigen dieser Bilder auf seiner Homepage gewesen um damit allen Benützern, von Wladiwostok bis New York, den Zugang zum Wädenswiler-Littering zu ermöglichen. Aber dies wäre ein Eigengoal gewesen, das er tunlichst vermeiden wollte. Seine Besucher benutzen in der Regel den ÖV der Stadt und diese müssen auch die Unterführung vom Bahnhof passieren. Er habe schon öfters Bemerkungen deswegen gehört, dass der Pissoir-Geruch enorm sei.

Er als langjähriger Dozent sei sich gewohnt, mit Jugendlichen umzugehen und zu versuchen Ordnung zu halten. Er habe dies beispielsweise bei einem Zigarettenwerfer an der Bushaltestelle gemacht. Das Mindeste, das er habe machen können, im Sinne einer Deeskalation. Beim Thema Vorbildfunktion müsse man höllisch aufpassen, denn beim Littering sei viel Sprengstoff vorhanden. Man habe sehr viele Verbote. In der Abfallverordnung der Stadt Wädenswil unter Artikel 7 Absatz 6 stehe, was ganz klar verboten sei. Seiner Meinung nach müsse dieses Verbot auch durchgesetzt werden.

Wenn man von Sicherheit spreche, hänge dies mit Littering zusammen. An den Orten, an denen man Littering bekämpfen kann, könne man die Sicherheit auch verbessern.

Wenn man die Studie von Martin Killias genau anschauere, sei es sehr spannend und aufschlussreich. Mit der Stadt Zürich wolle man sich nicht vergleichen, die Sicherheitsproblematik sei grauenhaft. Aber auch Wädenswil habe ein Sicherheitsproblem – allerdings in kleiner Masse. Aber auch das müsse man anschauen.

Er glaube das Littering müsse nun angepackt werden und er sei sich sicher, dass man auf Ordnungsbussen nicht verzichten könne. Vorbildcharakter habe er ausprobiert, er hätte fast eine Ohrfeige kassiert und das möchte er kein zweites Mal riskieren.

Noch eine kleine Bemerkung. Er habe Letzens festgestellt, dass offenbar die Polizei neuerdings zu Fuss patrouilliert. Er als Nichtautofahrer finde dies ausgezeichnet. Er hoffe, dass dies in Zukunft öfters passiere.

**Die Interpellation betreffend Littering in Wädenswil geht zur Beantwortung an den Stadtrat.**

06.03.01

**10. Einbürgerungen:**

**BALALIS Haralabos**, geb. 23. Mai 1964 in Rhodos (Griechenland), in eingetragener Partnerschaft (mit Willi Hitz, ist Schweizer), griechischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wädenswil, Herrlisbergweg 14

Einbürgerungsgebühr  
Referent im Gemeinderat

Fr. 1'500  
Thomas Hartmann

\*\*\*

**Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf Anfrage des Gemeinderatspräsidenten Tobias Mani keine Einwände erhoben.**

\*\*\*

Simona Truttmann, Sekretärin-Stv. (Protokoll)